

Satzung der Jagdgenossenschaft

.....

§ 1 Name, Sitz und Aufsichtsbehörde

- (1) Die Jagdgenossenschaft führt den Namen „Jagdgenossenschaft.....“
Sie hat ihren Sitz in Hamburg.
- (2) Die Jagdgenossenschaft ist rechtsfähig. Sie untersteht der Aufsicht der Behörde für Wirtschaft und Arbeit¹ als zuständige Behörde nach § 5 Abs. 1 HmbJagdG.
- (3) Geschäftsjahr der Jagdgenossenschaft ist das Jagdjahr (1. April bis 31. März).

§ 2 Mitgliedschaft

- (1) Mitglieder der Jagdgenossenschaft (Jagdgenossen) sind die Eigentümer der zum gemeinschaftlichen Jagdbezirk gehörenden Grundflächen einschließlich der angegliederten und ausschließlich der abgetrennten Grundflächen.
- (2) Eigentümer von Grundflächen, auf denen die Jagd nicht ausgeübt werden darf, gehören gemäß § 9 Abs. 1 BJagdG der Jagdgenossenschaft nicht an.
- (3) Das Genossenschaftskataster wird vom Jagdvorstand aufgrund des vom Landesbetrieb für Geoinformation und Vermessung² geführten Liegenschaftskatasters aufgestellt und fortgeführt.

Auf einer Deutschen Grundkarte 1:5.000 ist das Gebiet des gemeinschaftlichen Jagdbezirks einzutragen; befriedete Bezirke (§ 2 Abs. 1 HmbJagdG) sind kenntlich zu machen. Die Karte ist auf dem neuesten Stand zu halten und dem Jagdpachtvertrag beizufügen.

- (4) Die Mitgliedschaft in der Jagdgenossenschaft endet mit dem Verlust des Grundeigentums. Durch Eigentumswechsel eingetretene Veränderungen hat der Erwerber dem Jagdvorstand nachzuweisen.

§ 3 Aufgaben der Jagdgenossenschaft

- (1) Aufgabe der Jagdgenossenschaft ist die gemeinschaftliche Nutzung und Verwaltung der Jagd auf den Grundstücken ihrer Jagdgenossen.
- (2) Sie hat nach Maßgabe des § 29 Abs. 1 BJagdG für den Ersatz des den Jagdgenossen etwa entstehenden Wildschadens zu sorgen.
- (3) Die Jagdgenossenschaft kann zur Erfüllung unumgänglich notwendiger Aufwendungen Umlagen von den Jagdgenossen nach dem Verhältnis des Flächeninhalts ihrer beteiligten

¹ Anschrift: Behörde für Wirtschaft und Arbeit – AL 4 -, Alter Steinweg 4, 20459 Hamburg

² Anschrift: Sachsenkamp 4, 20097 Hamburg

Grundstücke erheben. Umlagen bedürfen – von § 29 Abs. 1 BJagdG abgesehen – der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

§ 4 Organe

Organe der Jagdgenossenschaft sind die Versammlung der Jagdgenossen und der Jagdvorstand.

§ 5 Jagdvorstand

(1) Der Jagdvorstand besteht gemäß § 5 Abs. 3 HmbJagdG aus einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern, von denen der eine als ständiger Vertreter des Vorsitzenden und der andere als Kassenverwalter zu wählen sind. Für die zwei Beisitzer sind Stellvertreter zu wählen.

(2) Wählbar ist jeder Jagdgenosse sowie bei juristischen Personen des öffentlichen oder privaten Rechts deren Vertreter, soweit sie volljährig und geschäftsfähig sind. Wählbar sind auch Bevollmächtigte solcher Jagdgenossen, die auf ihr passives Wahlrecht verzichten.

(3) Die Amtszeit des Jagdvorstandes beträgt vier Jahre.

(4) Die Mitglieder des Jagdvorstandes sind ehrenamtlich tätig. Sie können für ihre Auslagen, solange sie angemessen und unabweisbar nötig sind, Ersatz verlangen.

§ 6 Aufgaben des Jagdvorstandes

Der Jagdvorstand vertritt die Jagdgenossenschaft gerichtlich und außergerichtlich (§9 Abs. 2 BJagdG). Er verwaltet ihre Angelegenheiten und ist an die rechtmäßigen Beschlüsse der Versammlung der Jagdgenossenschaft gebunden.

§ 7 Stimmrecht und Beschlussfassung

(1) Der Jagdvorstand fasst seine Beschlüsse mit Stimmenmehrheit. Das Stimmrecht im Jagdvorstand kann nur persönlich ausgeübt werden. Eine Beschlussfassung kann nur unter dem Vorsitz des Vorsitzenden des Jagdvorstandes oder seines ständigen Vertreters erfolgen.

(2) Kein Mitglied des Jagdvorstandes darf bei einer Angelegenheit der Jagdgenossenschaft beratend oder entscheidend mitwirken, wenn die Entscheidung ihm selbst, seinem Ehegatten, seinem Verwandten bis zum dritten oder seinem Verschwägerten bis zum zweiten Grad oder einer von ihm kraft Gesetzes oder rechtsgeschäftlicher Vollmacht vertretenen Person einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann.

(3) In Angelegenheiten die der Beschlussfassung durch die Versammlung der Jagdgenossen unterliegen (§ 8), entscheidet der Jagdvorstand, falls die Erledigung der Geschäfte keinen Aufschub duldet. In diesen Fällen hat der Vorsitzende des Jagdvorstandes alsbald die Zustimmung der Versammlung der Jagdgenossenschaft einzuholen.

§ 8 Versammlung der Jagdgenossen

(1) Der Jagdvorstand hat mindestens einmal jährlich eine Versammlung der Jagdgenossen einzuberufen und dieser über die Einnahmen und Ausgaben der Jagdgenossenschaft Rechnung zu legen (§ 5 Abs. 4 HmbJagdG).

(2) Die Jagdgenossen sind eine Woche vorher schriftlich oder durch ortsübliche Bekanntmachung zu der Versammlung zu laden.

(3) Liegen wichtige Gründe vor, ist eine außerordentliche Versammlung einzuberufen.

(4) Unterlässt der Jagdvorstand die Einberufung der jährlichen oder trotz Vorliegen eines wichtigen Grundes die Einberufung einer außerordentlichen Versammlung, so kann jeder Jagdgenosse bei der Aufsichtsbehörde (§ 1) beantragen, dass diese die Versammlung einberuft.

§ 9 Aufgaben der Versammlung der Jagdgenossen

(1) Einem Beschluss der Versammlung der Jagdgenossen sind vorbehalten:

1. Entscheidungen, die die Gestaltung der Jagdbezirke betreffen (Angliederung, Abtrennung, Teilung),
2. die Entscheidung über eine Nutzung der gemeinschaftlichen Jagd durch angestellte Jäger,
3. die Entscheidung über das Verfahren und die Bedingungen der Verpachtung sowie die Entscheidung über die Erteilung des Zuschlages bei der Jagdverpachtung,
4. die Entscheidung über die Verwendung des Jagdertrages,
5. die Wahl, die Abberufung und die Entlastung des Jagdvorstandes,
6. Änderung der Satzung,
7. Erhebung und Verwendung der Umlagen nach § 29 Abs. 1 des Bundesjagdgesetzes,
8. die Anstellung von Personal,
9. Festsetzung der dem Jagdvorstand und etwaigen Angestellten zu gewährenden Entschädigung,
10. die Beschlussfassung über den Haushaltsplan,
11. die Bestellung und evtl. Abberufung von Rechnungsprüfern.

(2) Satzungsänderungen bedürfen der Genehmigung der Behörde für Wirtschaft und Arbeit (zuständige Behörde nach § 5 Abs. 2 HmbJagdG).

§ 10 Beschlussfassung der Jagdgenossenschaftsversammlung

(1) Ein Beschluss der Versammlung kommt zustande, wenn

1. die Mehrzahl der in der Versammlung persönlich anwesenden oder vertretenen Jagdgenossen dem Beschluss zustimmt und
2. die zum gemeinschaftlichen Jagdbezirk gehörigen Grundstücke der Jagdgenossen, die dem Beschluss zugestimmt haben, gegenüber den zum gemeinschaftlichen Jagdbezirk gehörigen Grundstücken der sonst anwesenden oder vertretenen Jagdgenossen eine Mehrheit der Fläche ergeben. Grundstücke von Jagdgenossen, die weder anwesend noch vertreten sind, sind bei der Zählung nicht zu berücksichtigen.

(2) Zur Teilnahme an der Versammlung der Jagdgenossen sind diese selbst oder ihre gesetzlichen Vertreter berechtigt. Die Berechtigten können sich durch Bevollmächtigte vertreten lassen. Die Vollmacht bedarf der Schriftform.

Die von dem Bevollmächtigten vertretene eigene Grundfläche zuzüglich der Grundfläche der von ihm vertretenen Jagdgenossen darf ein Drittel der Grundfläche des gemeinschaftlichen Jagdbezirks nicht übersteigen.

(3) Ein Jagdgenosse oder ein Bevollmächtigter ist von der Mitwirkung an der Abstimmung entsprechend § 34 BGB ausgeschlossen, kann sich nicht vertreten lassen und auch keinen anderen vertreten, wenn sich die Beschlussfassung auf den Abschluss eines Rechtsgeschäftes oder auf einen Rechtsstreit zwischen der Jagdgenossenschaft und ihm selbst bezieht.

(4) Die Versammlungen werden durch den Vorsitzenden des Jagdvorstandes geleitet. Der Jagdvorstand hat über jede Versammlung eine Niederschrift zu fertigen, die vom Versammlungsleiter und einem Beisitzer zu unterzeichnen ist.

Die Niederschrift soll enthalten:

1. Die Namen aller anwesenden oder vertretenen Jagdgenossen,
2. soweit Jagdgenossen durch andere Personen vertreten sind, die Namen der Vertreter und eine Feststellung über die Nachprüfung ihrer Vollmacht,
3. die Fläche der Grundstücke jedes anwesenden oder vertretenen Jagdgenossen, die bei der Beschlussfassung zugrunde gelegt wurde,
4. den Wortlaut der Beschlüsse unter Angabe der Mehrheit nach der Kopfzahl und der Fläche, mit der sie gefasst wurden,
5. bei Beschlüssen über die Verwendung der Jagdnutzung auch die Namen der anwesenden oder vertretenen Jagdgenossen, die dem Beschluss nicht zugestimmt haben.

Eine Durchschrift der Niederschrift ist der Behörde für Wirtschaft und Arbeit Hamburg als zuständige Aufsichtsbehörde nach § 5 HmbJagdG zuzuleiten.

§ 11 Verpachtung der Jagd, Jagdausübung

(1) Die Verpachtung der Jagd soll grundsätzlich nach öffentlicher Ausschreibung erfolgen. Die Versammlung der Jagdgenossen kann beschließen, dass als Bieter oder Pächter nur Jagdgenossen zuzulassen sind.

(2) In den Jagdpachtvertrag kann nach Beschluss der Versammlung der Jagdgenossenschaft aufgenommen werden, dass der Jagdpächter die Jagdgenossen über die Durchführung einer Gemeinschaftsjagd vorher zu informieren hat.

§ 12 Verwendung des Jagdertrags

(1) Der Jagdvorstand verteilt den Reinertrag der Jagd jährlich an die Jagdgenossen nach Maßgabe der Flächenverhältnisse, mit denen sie der Jagdgenossenschaft angehören. Jagdgenossen, die nicht die Überweisung ihres Anteils auf ihr Konto beantragt haben, haben diesen an dem vom Jagdvorstand festgesetzten und bekannt gemachten Zahltagen abzuholen. Nicht abgeholte Jagdgelder werden dem Berechtigten in geeigneter Form kostenpflichtig zugewiesen.

(2) Die Versammlung der Jagdgenossen kann beschließen, dass der Reinertrag der Jagd nicht verteilt wird, sondern für andere Zwecke verteilt wird.

Der Beschluss ist allen Jagdgenossen schriftlich oder durch öffentliche Bekanntmachung mitzuteilen. Jagdgenossen, die dem Beschluss nicht zugestimmt haben, können innerhalb

eines Monats nach der Bekanntmachung schriftlich oder mündlich zu Protokoll des Jagdvorstandes die Auszahlung ihres Anteils verlangen.

(3) Wird der Jagdertrag nicht an die Jagdgenossen verteilt, so hat der Jagdvorstand über die Verwendung des Ertrages in der jährlichen Versammlung der Jagdgenossen Rechnung zu legen.

§ 13 Bekanntmachung

(1) Bekanntmachungen der Jagdgenossenschaft sind in ortsüblicher Weise durch Veröffentlichung in oder durch den Aushang im Bezirksamt/Ortsamt zu veröffentlichen.

(2) Für die Bekanntmachung längerer Schriftstücke usw. genügt die Bekanntmachung des Ortes, an dem das Schriftstück eingesehen werden kann.

Vorstehende Satzung ist in der Versammlung der Jagdgenossen am sowohl mit der Mehrheit der anwesenden und vertretenen Jagdgenossen als auch der Mehrheit, der bei der Beschlusslegung vertretenen Grundfläche beschlossen worden.

Der Jagdvorstand:

.....

.....

.....